Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 199 (1920)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1918/19
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-377090

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1918/19.

Das Wirtschaftsjahr 1918 bewegte sich in den durch die Abhängigkeit von den fremden Märkten, die Transportschwierigkeiten, die fremde Kontrolle und die fortgesetzte Einschränkung der Weltproduktion vorgezeichneten Bahnen. Verschiedene wichtige Lebensmittel mußten neu in den Kreis der Rationierung einbezogen werden: Milch, Fett, Käse, Kartoffeln.

Auch im verflossenen Jahre wurden mit beiden kriegführenden Gruppen Wirtschaftsabkommen getroffen. Am meisten Aufsehen erregte das letzte Abkommen mit Deutschland im Mai, vor allem wegen der darin fixierten sehr hohen Kohlenpreise.

Trotzdem zeitigte die Umwälzung in Deutschland einen für die Schweiz stark in Betracht fallenden wirtschaftlichen Uebelstand: das Ausbleiben der Kohlenlieferungen. Infolgedessen waren die Bundesbahnen genötigt, der im Februar 1918 vorgenommenen vierten Fahrplanreduktion im Dezember eine fünfte folgen zu lassen. Ebenso sahen sich gegen Ende 1918 und 1919 weitere Industrien genötigt, ihre Betriebe stark einzuschränken.

Mit besonderem Interesse wurde im abgelaufenen Jahre die Entwicklung der schweizerischen Urproduktion verfolgt. Die Heu- und Emderträgnisse sind der Menge nach mittelmäßig, qualitativ jedoch gut ausgefallen. Desgleichen lieferte die durch Zwangsanbau um mehr als 45000 ha vergrößerte Getreidefläche einen guten Ertrag. Nicht überall befriedigten dagegen die Erträgnisse des Kartoffelbaues. Im Durchschnitt warf er aber wie die übrigen Hackfrüchte und Feldgemüse annähernd eine gute Mittelernte ab. Mit Ausnahme der Birnenernte war der Kern- und Steinobstertrag ein recht zufriedenstellender. Desgleichen hat auch der Weinbau die gehegten Erwartungen erfüllt. Der quantitativ recht gute Ertrag konnte zu sehr hohen, gegenüber dem Vorjahr um 50—70 Prozent gesteigerten Preisen abgesetzt werden. Auch die Bienenzüchter blicken auf ein gutes Jahr zurück.

Die Milchwirtschaft gestaltete sich im allgemeinen günstiger als im Vorjahre. Im ersten Semester war gegenüber 1917 sogar eine Zunahme der Milchlieferungen zu konstatieren, hauptsächlich zurückzuführen auf die bessere Qualität des Dürrfutters und den frühzeitigen Beginn der Grünfütterung im Frühjahr. Im Nachsommer und Herbst stellte sich hingegen infolge Abnahme des Viehbestandes wiederum ein empfindlicher Rückgang ein. Die verhältnismäßig gute Milchproduktion im Vorsommer ermöglichte es, einige Reserven an Käse für den kommenden Winter herzustellen, während die Produktion im Winter 1917/18 im Interesse einer genügenden Konsummilchversorgung sehr stark eingeschränkt werden mußte. Das gleiche ist in erhöhtem Maße diesen Winter der Fall gewesen.

Die Landwirte haben für ihren eigenen Haushalt ein größeres Quantum Milch beansprucht als in den vorhergehenden Jahren. Anderseits ist auch der Verbrauch von Milch in den Städten vergleichsweise nicht zurückgegangen, wenn auch die streng durchgeführte Rationierung den Eindruck der Knappheit erweckte. Den Kondensfabriken blieb bis gegen Ende September das nötige Quantum Milch zur Bearbeitung übrig, um den Kompensationsverpflichtungen gegenüber dem Auslande einigermaßen gerecht werden zu können. Diese Verpflichtungen nehmen aber auch bis auf einen kleinen Rest die gesamte erzeugte Menge von Kondens- und sterilisierter Milch in Anspruch. Verschiedene ausländische Märkte für diese Erzeugnisse drohen der Schweiz verloren zu gehen. Es ist dies fatal. Von Seite Englands und der Vereinigten Staaten wird in Milchprodukten eine scharfe Konkurrenz für unser Land entstehen. Dank der Qualität schweizerischer Produkte, sowie der Fähigkeiten und Erfahrungen der Leiter dieser Industrie werden diese Schwierigkeiten hoffentlich wieder überwunden werden.

Die Lage der Exportindustrien und vor allem der Stickereiindustrie hat sich im Verlaufe 1918/19 zusehends verschlimmert. Nachdem das Geschäft mit den Vereinigten Staaten seit Eintritt der Union in den Krieg immer mehr an Bedeutung verlor und Amerika nicht nur im eigenen Lande, sondern auch auf allen außereuropäischen Märkten zum Konkurrent der schweizerischen Stickereiindustrie geworden ist, hat auch der Verkauf in Europa eine besorgniserregende Einschränkung erfahren. Die Lage war besonders prekär, seitdem England das im August 1918 erloschene Abkommen nicht nur nicht erneuert, sondern die Einfuhr schweizerischer Stickereien überhaupt verbot, sodaß eine Zeit lang das wichtigste Absatzgebiet verschlossen war. Desgleichen hat auch der Export nach den mit England verbündeten Ländern und den Kolonien bedeutend abgenommen, ohne auf dem südamerikanischen Markte vollen Ersatz zu finden. Das Geschäft mit Deutschland ist auf ein Minimum zurückgegangen, während gleichzeitig der Export nach den nordischen Staaten und Holland zufolge der Transporthindernisse stark bedroht war. Nachdem bereits die Hälfte aller Stickmaschinen stillstehen und der Rest während kaum zwei Dritteln der normalen Betriebszeit beschäftigt ist, wird die Situation insofern noch verschärft, als die Fabriken über bedeutende Lager fertiger Artikel verfügen, die allein eine Jahresproduktion ausmachen.

Was die ostschweizerischen Hilfsindustrien anbelangt, befinden sie sich in ähnlicher Lage wie die Stickereiindustrie. Die Bleichereien waren lange Zeit schwach beschäftigt und sahen sich gezwungen, Bleicherpreise zu fordern, die sich nach dem Krieg schwerlich werden halten können. Dagegen haben sich die Zwirnereien besser angelassen, da sie nicht ausschließlich für die Stickereien arbeiten. Die Feinwebereien hatten keine schlechten Zeiten.

Der Abschluß der eidgenössischen Staatsrechnung pro 1918 ergibt nach amtlichen Berichten folgendes Bild: Während die Verwaltungsrechnung einen Rückschlag von 61,894,687 Fr. aufweist, verzeigt der Abschluß der Kapitalrechnung einen Ueberschuß von 2,386,241 Fr., so daß der Rückschlag der Staatsrechnung für 1918 Franken 59,508,446 Fr. beträgt. Mit dem bereits auf Ende 1917 ausgewiesenen Defizit von 10,761,192 Fr. steigen die zu tilgenden ungedeckten Rückschläge der Staatsrechnungen auf 70,269,638 Fr. gegenüber einem reinen Staatsvermögen auf Ende 1913 von 102,512,577 Fr. Die Verschlechterung gegenüber 1913 beträgt 172,782,214 Fr.

Unter Hinzurechnung einerseits der Kriegsmobilmachungskosten von 1076 Mill. Fr. und der noch zu tilgenden Anleihenskonten von 15 Millionen und der Betriebs-

verluste der Einkaufs- und Verkaufsorganisationen von rund 37 Millionen, zusammen 1,301,649,974 Fr. und andererseits unter Abzug der Rückstellungen (Kriegssteuer, Kriegsgewinnsteuer usw.) von zusammen 370,378,557 Fr. ergibt sich ein Rückschlag von 931,271,416 Fr., der als direkte Folge des Krieges anzusehen ist. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß sich bei der Liquidation der Vorräte der Kriegsmonopolbetriebe weitere Rückstände ergeben werden, und daß die außerordentlichen Einnahmen aus Ein- und Ausfuhrgebühren, Gewinnbeteiligungen usw. nicht mehr ausreichen, um die Ausgaben für Notstandsaktion und allgemeine Verbilligung der Lebenshaltung zu bestreiten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kantone vom Kriege und von der Mobilisation finanziell weit weniger betroffen worden sind als der Bund. Es geht dies aus dem Abschluß der kantonalen Verwaltungsrechnungen seit 1913 hervor.

Das Resultat der Verwaltungsrechnung betrug in Millionen Franken für die Kantone:

	Einnahmen	Ausgaben	Rückschlag
1913	221,190	212,127	0,936
1914	227,341	237,996	10,645
1916	241,262	248,774	7,312
1917	298,44	306,930	8,489

Die Entwicklung der allgemeinen Bundesverwaltung war folgende:

	Einnahmen	Ausgaben	
1913	186,813	192,167	— 5,353
1914	155,729	178,263	— 22,553
1916	176,582	193,227	— 16,645
1917	185,656	236,403	— 50,747

Aus Obigem geht ohne weiteres hervor, daß sich die Verwaltungsrechnungen der Kantone viel günstiger entwickelt haben als die des Bundes.

Die Anteile der Kantone am Ergebnis der Kriegssteuer und der Kriegsgewinnsteuer sind eine teilweise Erklärung für den verhältnismäßig nicht ungünstigen Abschluß der Verwaltungsrechnungen.

Bei den Bundesbahnen steht es nicht besser. Die Lage der Dinge ergibt sich nach der eben erschienenen Rechnung pro 1918 und nach dem Bericht des Verwaltungsrates am besten aus folgenden Gegenüberstellungen:

	Betriebseinnahmen Mill. Fr	Betriebsausgaben Mill. Fr.	Ueberschuß Mill, Fr.
1913	212,721	142,406	70,315
1917	201,441	158,907	42,534
1918	239,288	217,714	21,574

Betriebsüberschuß und Zinsenrechnung.

	Betriebsüberschuß in Mill. Fr.	Zinsen für Anleihen Konto-Korrent in Mill. Fr.	durch Betriebsüberschuß nicht gedeckte Zinsen in Mill. Fr.
1913	70,315	54,972	+ 15,343
1914	48,344	56,225	— 7,881
1915	50,742	57,034	— 6,292
1916	53,835	59,467	— 5,632
1917	42,535	60,920	— 18,385
1918	21,574	67,432	— 46,058
1919 Budg.	7,092	ca. 65,70	— 58,65

Seit Kriegsbeginn ist der Betriebsüberschuß auf weniger als einen Drittel zurückgegangen. Im Jahre 1913 überstieg er die Ausgaben für Verzinsung im Betrage von Franken 54,972,812 noch um 15,342,786 Fr. Im Jahre 1917 blieb er bereits mit 18,385 Mill. Fr. hinter der Zinslast von 60,92 Mill. Fr. zurück; 1918 ist das Verhältnis: Zinslast 67,432 Mill. Fr., Ueberschuß der Betriebseinnahmen 21,574,070 Fr., Fehlbetrag somit 46,05 Mill. Fr. allein auf diesem Posten. Der Betriebsüberschuß reicht also schon bei weitem nicht mehr zur Verzinsung des investierten Kapitals aus.

Als Mehrbelastungen fallen vor allem die Mehraufwendungen für Gehalte und Löhne in Betracht, ferner die Mehrkosten für Kohlen und andere Verbrauchsmaterialien, die alle in der Betriebsrechnung verbucht werden.

Zu den an Beamte und Arbeiter ausgerichteten Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen von 17,299 Mill. Fr. pro 1917 kommen noch 1,372 Mill. Fr., die an pensionierte Beamte, Witwen und Waisen von Beamten und Angestellten als Teuerungszulagen bezahlt worden sind. Also im ganzen sind über 18½ Mill. Fr. als außerordentliche Kriegsteuerungszulagen pro 1917 bei den Bundesbahnen ausbezahlt worden.

Im Jahre 1918 haben sich diese Leistungen noch ganz beträchtlich erhöht. Bis Ende August sind bereits an die 29 Mill. Fr. ausgerichtet worden, wovon 10 Mill. Fr. auf Rechnung der im Juli vom Bundesrat dem Personal gemachten Konzessionen zu rechnen sind. Auf Grund des Bundesbeschlusses vom 21. Dez. 1917 sind weitere 10,3 Mill. Fr. zur Auszahlung gelangt, und die Entschließungen der eidg. Räte über die Ergänzungsteuerungszulage haben eine Ausgabe von mindestens noch 7½ Mill. Fr. nach sich gezogen. Im ganzen hat 1918 der Aufwand für Teuerungszulagen die Summe von 45 Mill. Fr. überstiegen. Im Jahre 1903 hatte man mit diesem Betrag noch die gesamten Personalausgaben der Bundesbahnverwaltung bestritten.

Sehr erschwerend für die Beurteilung sowohl der Finanzlage der allgemeinen Bundesverwaltung, als der Bundesbahnen ist die absolute Ungewißheit, wann Teuerung und Teuerungszulagen ihren Höhepunkt nicht nur werden erreicht haben, sondern inwieweit eine Baisse der Ausgaben für die Lebenshaltung zu erwarten ist. Der Bund hat schon vom Standpunkt der Landesfinanzen aus alles Interesse, wo es nur möglich ist, für die Verbilligung der Lebenshaltung und für den Abbau der Preise einzutreten. Es ist besser, er bringt nach dieser Richtung Opfer, soweit es das Abstoßen von eigenen zu teuren Waren betrifft, als daß er ohne Aufhören Teuerungszulagen bezahlt. Eine gesunde Finanzpolitik und das Aufstellen eines einigermaßen zuverlässigen Finanzplanes ist unmöglich, solange die Berechnung der Teuerungszulagen und staatlichen Lebensmittelentschädigungen so unsicher bleibt.

Der Status der Nationalbank hat sich längere Zeit immer ungünstiger gestaltet und im Dezember 1918 eine Anspannung erfahren, die diejenige bei Ausbruch des Krieges übertrifft. Zu der ungewöhnlichen Belastung des Institutes haben auch die Generalstreik-Unruhen das ihrige beigetragen. Bei einer relativ geringen Vermehrung des Metallbestandes von zirka 25 Millionen hat der Notenumlauf 1918 eine Zunahme von annähernd 300 Millionen Franken aufzuweisen. Mit 953 Millionen verzeichnete die Nationalbank in den Tagen des Landesstreikes die Rekordziffer der in Umlauf befindlichen Noten. Das Deckungsverhältnis fiel innert Jahresfrist von 66,4 Prozent auf 45,7 Prozent zurück, ein Minimum, wie es seit Bestehen der Nationalbank nie beobachtet wurde.